

# Gemeinde Martfeld

---

## N i e d e r s c h r i f t

über die 13. Sitzung des Rates am 31.03.2008

im/in der

Mehrzweckraum der Grundschule Martfeld

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 22:15 Uhr

### Anwesend:

#### **Vorsitzende/r**

Marlies Plate

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Michael Albers

Dr. Dirk Aue

Pitt Brandstädter

Uwe Bremer

Heinfried Bröer

Jürgen Brüning-Kuhlmann

Johann König

Michael Lackmann

Ulrike Menke

Marlies Plate

Jürgen Stubbemann

Torsten Tobeck

#### **Verwaltung**

Bernd Bormann

Christa Gluschak

Öffentlicher Teil :

**Punkt 1:**

**Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Plate eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Rat der Gemeinde Martfeld mit Einladung vom 19.03.2008 sowie Ergänzung vom 26.03.2008 ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

Frau Plate gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 4 Bebauungspläne „Sondergebiet für Windkraftanlagen“ –Aufstellungsbeschlüsse abgesetzt werden kann. Da nach Aussage der Verwaltung entsprechende Beschlüsse auch nach Beschluss des Flächennutzungsplanes gefasst werden können, sollte in einer späteren Sitzung hierüber beraten werden.

Der Rat beschließt einstimmig den Tagesordnungspunkt 4 abzusetzen.

Frau Plate weist in diesem Zusammenhang nochmals auf den Umgang untereinander und seitens der Bevölkerung mit den Ratsmitgliedern hin. Bei den Ratsmitgliedern handelt es sich allesamt um ehrenamtlich Tätige, die ihre Aufgabe pflichtbewusst wahrnehmen. Aus diesem Grund sollte der Umgang miteinander gewahrt sein. Gerade in der letzten Woche konnte sie feststellen, dass die Umgangsformen nicht immer gewahrt wurden. Teilweise wurden Ratsmitglieder oder die Verwaltung persönlich angegriffen. Sie bittet aus diesem Grund zukünftig um eine bessere Zusammenarbeit, denn sowohl die Ratsmitglieder wie auch die Einwohner und Einwohnerinnen sollten die Ziele der Gemeinde Martfeld nicht aus den Augen verlieren und konstruktiv zusammenarbeiten.

**Punkt 2:**

**Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung vom 27.02.2008**

Herr König bitte darum die in der letzten Ratssitzung angesprochene Vereinbarung zum Fahrbahnausbau K 142 den Ratsmitgliedern in Kopie zu überlassen.

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

**Punkt 3:**

**40-0044/08**

**Stellungnahme zur 80. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen**

Herr Lackmann erklärt, dass er sich befangen fühlt und daher bei den Zuhörern Platz nimmt.

Frau Plate führt einleitend aus, dass der Tagesordnungspunkt heute nicht abschließend beraten werden sollte, sondern in einer zusätzlichen nichtöffentlichen Sitzung, die am Montag, dem 07.04.2008, um 18:00 Uhr stattfinden soll, beraten wird.

Heute sollte jedoch allen Fraktionen die Möglichkeit gegeben werden ein entsprechendes Statement abzugeben.

Die Stellungnahmen der Fraktionen sollen durch einen noch zu beauftragenden Rechtsbeistand ge-

prüft und im Anschluss daran zu einer Stellungnahme zusammengefasst werden.

Herr Bormann erläutert, dass die 80. Änderung des Flächennutzungsplanes derzeit ausliegt. Diese Änderung beinhaltet auch die für die Gemeinde Martfeld relevanten Standorte Hustedt und Neue Weide. Des Weiteren ist in dem Plan keine Höhenbegrenzung enthalten. Diese sollten die Gemeinden durch entsprechende Bebauungspläne regeln.

Auf Anfrage von Herrn Bormann stimmt der Gemeinderat zu, dass die im Oktober eingegangenen Stellungnahmen dem noch zu beauftragenden Rechtsanwalt übersandt werden dürfen.

Herr Tobeck führt aus, dass seine Fraktion die Auffassung vertritt, dass durch die Absicht der Samtgemeinde, den Flächennutzungsplan so zu ändern, sich die Gemeinde als Sondergebiet für Windkraftanlagen fühlt. Trotz der vielen Beratungen wurden die Belange der Gemeinde Martfeld nicht ausreichend berücksichtigt. Aus diesem Grund will sich die Gemeinde Martfeld durch einen weiteren Anwalt rechtlich beraten lassen.

Herr Tobeck fordert die Bevölkerung auf, trotzdem die bestehenden Einwände im Rahmen der Auslegung vorzutragen, denn alle Beteiligten sollten ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um somit die Änderung des Flächennutzungsplanes in der vorgelegten Form zu verhindern.

Seitens der Gemeinde Martfeld ist eine Unterstützung durch die Samtgemeinde und durch die anderen Mitgliedsgemeinden nicht zu sehen.

Des Weiteren führt Herr Tobeck aus, dass die für die Gemeinde angeblich vorhandenen Vorteile durch die Ausweisung weiterer Windkraftanlagen nicht gesehen werden können. Mit der Aufstellung eines weiteren Bebauungsplanes sind erhebliche finanzielle Belastungen verbunden.

Er bittet nochmals die Samtgemeinde und die Verwaltung um Berücksichtigung der Belange der Gemeinde Martfeld.

Abschließend führt Herr Tobeck aus, dass seitens seiner Fraktion eine Stellungnahme an den Rechtsanwalt gegeben wird.

Herr König verteilt seitens seiner Fraktion an alle Ratsmitglieder eine entsprechende Stellungnahme.

Für nicht anwesende Ratsmitglieder ist diese Stellungnahme Anlage zum Protokoll.

Einleitend führt Herr König nochmals aus, dass die gestellten Anträge für den Bereich des Süstedter Bruches ausschlaggebend für die Flächennutzungsplanänderung waren. Zunächst sollte lediglich der vorhandene Flächennutzungsplan rechtlich überprüft werden. Bereits bei dem bestehenden Flächennutzungsplan war die Gemeinde Martfeld mit der Anzahl der Windkraftanlagen Vorreiter.

Aus Sicht der Fraktion wird die Gemeinde Martfeld heute hierfür „bestraft“.

Herr König verdeutlicht, dass seitens seiner Fraktion gegen die bestehenden Windkraftanlagen keine weitergehenden Bedenken bestehen. Bei der Ausweisung weiterer Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen wurden jedoch die Belange der Gemeinde Martfeld nicht ausreichend berücksichtigt. Die Gemeinde Martfeld hat bereits zahlreiche Projekte entwickelt, die jedoch noch nicht umgesetzt werden konnten. Diese Projekte wurden bei der Ausweisung von Windkraftanlagen nicht berücksichtigt.

Aus Sicht der Fraktion Wir für Martfeld wurden von dem Planer auch die Schutzgüter Mensch, Tier und Pflanzen, Boden, Wasser und Luft nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass, sollten zusätzliche Windkraftanlagen in Hustedt und im Bereich Neue Weide zugelassen werden, auch der Süstedter Bruch als Gebiet für Windkraftanlagen ausgewiesen werden muss. Die angeblich dagegen sprechende Naherholung wird von Herrn König nicht gesehen. Er erläutert, dass er sich selber davon überzeugt hat, dass im Bereich Neue Weide weitaus mehr Fußgänger und Erholungssuchende zu finden sind als im Bereich des Süstedter Bruches.

Des Weiteren fordert Herr König seitens seiner Fraktion im Rahmen der Aufstellung der 80. Flächennutzungsplanänderung die Schutzgüter mit entsprechenden Gutachten zu beurteilen. Diese Gutachten wurden bisher nicht erstellt. Um all diese Bedenken rechtlich zu untermauern, will die Gemeinde Martfeld nochmals rechtlichen Beistand einholen.

Bereits im Oktober letzten Jahres wurden mit einer Rechtsanwältin entsprechende Gespräche geführt. Aus Sicht von Herrn König sind diese Gespräche zunächst positiv verlaufen. Erst nachdem sich die Samtgemeindeverwaltung eingeschaltet hat, wurden die Bedenken der Gemeinde Martfeld von der Rechtsanwältin als nicht mehr so fundiert gesehen, dass gegen die im Verfahren befindliche Flächennutzungsplanänderung vorgegangen werden kann.

Herr König erläutert des Weiteren, dass bereits bei der Erweiterung des Windparks Neue Weide im Jahr 2002 von den Anliegern Bedenken gegen den Schattenschlag und die Geräusche geäußert wurden.

Aus diesem Grund fordert die Fraktion Wir für Martfeld die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen auf, die entsprechenden Ausfälle der Grundsteuer der Gemeinde Martfeld zu ersetzen und die Grundstückseigentümer für die Wertminderung von Wohngebäuden und Flächen zu entschädigen.

Abschließend fordert Herr König seitens seiner Fraktion Herrn Wiesch auf, als Gemeindedirektor von Martfeld endlich für die Bürger der Gemeinde Martfeld mit der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen zu verhandeln.

Die Fraktion Wir für Martfeld weist die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen auf die lt. Gesetz vorliegende Planungshoheit durch die Gemeinde hin und bittet daher, den Teilbereich 4 Hustedt aus der Planung herauszunehmen und den Teilbereich 3 Windpark Neue Weide in der bisherigen Größe darzustellen. Gleichzeitig sollte eine Höhebegrenzung auf 100 m festgesetzt werden.

Herr König bitte die Verwaltung, die Stellungnahme der Fraktion Wir für Martfeld an den Rechtsanwalt weiterzuleiten.

Herr Bormann erläutert zu der Stellungnahme der Fraktion Wir für Martfeld, dass Herr Aufleger als Planer lediglich die Vorgaben vom Samtgemeinderat umgesetzt hat. Dabei hat er die rechtlichen Vorgaben berücksichtigt. Eine Willkür durch den Planer bzw. durch die Samtgemeinde erfolgte nicht.

Anders als von Herrn König im Namen seiner Fraktion dargestellt, wurden die Naturschutzverbände bereits zum zweiten Mal beteiligt. Bisher wurden keine Einwände gegen die Planung vorgetragen.

Auch weist Herr Bormann den Vorwurf, die Rechtsanwältin seitens der Samtgemeindeverwaltung

beeinflusst zu haben, zurück. Die Rechtsanwältin wurde seitens der Verwaltung über den Sachstand und den bisherigen Verlauf der Planung informiert. Aufgrund der von der Anwältin ermittelten Fakten, sah diese keine Möglichkeit gegen den geplanten Flächennutzungsplan vorzugehen.

Herr Albers bedauert seitens seiner Fraktion, dass die Gemeinde Martfeld von der Samtgemeinde vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Es wäre wünschenswert gewesen, dass die Gemeinde Martfeld rechtzeitig beteiligt worden wäre.

Des Weiteren wird seitens der Fraktion bemängelt, dass keine avifaunistischen Gutachten gemacht wurden.

Herr Albers verdeutlicht jedoch, dass keine Verhinderungspolitik betrieben werden darf. Aus diesem Grund sollte sich die Gemeinde Martfeld nicht generell gegen Windkraftanlagen aussprechen.

Es wird die Auffassung vertreten, dass sich keiner von Emotionen leiten lassen sollte. Gemeinsam sollte das, was noch möglich ist, versucht werden zu erreichen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Möglichkeiten der Gemeinde sehr eingeschränkt sind.

Seitens der SPD-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass man gegenüber der Bevölkerung keine Versprechen macht, die nicht gehalten werden können.

Herr Brandstädter vertritt seitens seiner Fraktion die Auffassung, dass man differenzieren muss, was man sich wünscht und was möglich ist. Die Gemeinde Martfeld wünscht sich, dass der Bereich Hustedt aus der derzeitigen Planung herausgenommen wird und der Bereich Neue Weide in der jetzigen Größe beibehalten wird. Ob dieser Wunsch möglich ist, wird bezweifelt.

Um das Beste für die Gemeinde Martfeld herauszuholen, ist eine fachliche Beratung sinnvoll.

Auch Herr Brandstädter bemängelt das Verhalten der Samtgemeinde. Die Belange der Gemeinde Martfeld wurden nicht ausreichend berücksichtigt.

Er vertritt die Auffassung, dass man mit harten Worten nicht weiter kommt. Aus diesem Grund sollte man eine vernünftige Regelung finden und respektvoll miteinander umgehen.

Herr Brandstädter weist darauf hin, dass der Rat der Gemeinde Martfeld die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung sehr ernst nimmt und deshalb versuchen wird, das Notwendige zu unternehmen.

Herr Tobeck spricht einen Presseartikel vom November 2006 an. In diesem Artikel wird die Samtgemeindeverwaltung mit der Aussage zitiert, dass weitere Windkraftflächen in der Samtgemeinde nicht gewollt sind. Nur kurze Zeit später wurde dieser Aussage mit der 80. Flächennutzungsplanänderung widersprochen.

Auf Anfrage teilt Herr Bormann mit, dass die Samtgemeinde mit dem Planungsbüro im Vorfeld entsprechende Parameter erarbeitet hat. Seitens Herrn Aufleger wurden diese Parameter zusammen mit den rechtlichen Vorgaben bei der Planung berücksichtigt.

Auf Anregung von Herrn König beschließt der Gemeinderat einstimmig eine Einwohnerfragestunde einzuschreiben.

Auf Anfrage von Herrn Hans-Hermann Bösche geht Herr Bormann auf die Abstandsregelungen ein.

Diese wurden mehrfach diskutiert. Bei der Festsetzung der Abstandsregelungen muss man von Gerichtsentscheidungen ausgehen. Da es Entscheidungen gibt, die einen Abstand von 1000 m zu Wohngebäuden im Außenbereich verneint haben, wurden in den Plan Abstände von 500 m zu Einzelhäusern im Außenbereich aufgenommen.

Frau Helga Blume spricht nochmals die von Herrn Albers angesprochene Verhinderungspolitik an. Aus ihrer Sicht gibt es schon mehrere Windkraftanlagen in der Gemeinde Martfeld. Aus diesem Grund kann von einer Verhinderungspolitik nicht gesprochen werden.

Herr Albers weist darauf hin, dass er generell den Ausführungen von Frau Blume zustimmt. Seitens des Gemeinderates darf jedoch keine Verhinderungspolitik vorgenommen werden, was bedeutet, dass man sich nicht generell gegen Windkraftanlagen aussprechen darf. Sollte diese Äußerung getätigt werden, könnten dadurch die Planungen zum Scheitern verurteilt werden. Hierauf hat auch der Rechtsanwalt hingewiesen.

Herr Gerd Hormann unterstützt die Ausführungen von Frau Blume. Auch er sieht keine Verhinderungspolitik.

Herr Albers weist darauf hin, dass das Kriterium, dass bereits Windkraftanlagen vorhanden sind, bei einer Verhinderungspolitik nicht berücksichtigt wird. Er verdeutlicht nochmals, dass er nicht für die Ausweisung weiterer Windkraftanlagen ist, sondern den auf die Gemeinde Martfeld evtl. zukommenden Schaden so gering wie möglich halten möchte.

Herr Hartmut Bösche spricht den 5000 m Abstand an. Aus seiner Sicht ist es eine Vorgabe von der Samtgemeinde, die nicht ausreichend Berücksichtigung fand. Man hätte in anderen Teilbereichen von diesem Mindestabstand abweichen können, ohne Schutzgüter zu beeinträchtigen und somit weitere Windkraftanlagen zulassen. Diese Zulassung von Windkraftanlagen an anderen Standorten würde aus Sicht von Herrn Bösche zu einer Verringerung der Windkraftanlagen in Martfeld führen.

Herr Bormann erklärt hierzu, dass 5000 m der größtmögliche Abstand ist. Diese Abstandsregelung gilt dann für das gesamte Plangebiet. Es kann nicht bei einzelnen Standorten von unterschiedlichen Abständen ausgegangen werden.

Auf Anfragen von Herrn Dietmar Brandstädter erklärt Herr Bormann, dass man im Bebauungsplan unter anderem die Höhe der Windkraftanlagen und die Abstände zwischen den einzelnen Windkraftanlagen festsetzen kann. Diese Festsetzungen müssen jedoch entsprechend begründet werden.

Herr Hans-Hermann weist darauf hin, dass zwischenzeitlich die Möglichkeit besteht, dass Betreiber gegen den F-Plan klagen.

Herr Bormann erklärt hierzu, dass die Möglichkeit durch ein Normenkontrollverfahren tatsächlich neu ist. Es bestand jedoch schon immer die Möglichkeit, im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens einen F-Plan zu überprüfen.

Herr König spricht die Bauleitplanung an. Er weist darauf hin, dass, sollte es erforderlich sein, die Gemeinde Martfeld einen angebotsbezogenen Plan erstellt. Dieses bedeutet, dass die Vorgaben von der Gemeinde und nicht vom Betreiber gemacht werden.

Herr Michael Krzikalla fragt an, was die Samtgemeinde dafür getan hat, dass der neue Plan, anders als der jetzige, nunmehr rechtssicher ist.

Herr Bormann erklärt hierzu, dass der neue Plan nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt wurde. Er bietet nach den vorliegenden Informationen und rechtlichen Überprüfungen mehrerer Anwälte ein Höchstmaß an Rechtssicherheit.

Frau Helga Blume spricht das Thema On Shore bzw. Off Shore an.

Herr Bormann erklärt hierzu, dass es keine gesetzlichen Vorgaben gibt, wieviel On Shore bzw. Off Shore Anlagen vorhanden sein müssen. Das Land Niedersachsen hat im Rahmen der gerade verabschiedeten Änderung des LROP den weiteren Ausbau von On Shore Anlagen nicht verneint.

Frau Helga Blume spricht des Weiteren die in der Flächennutzungsplanbegründung aufgeführte Wirtschaftlichkeitsprüfung an. Aus ihrer Sicht sind Windkraftanlagen teilweise nicht mehr wirtschaftlich.

Herr Brandstädter erklärt hierzu, dass die Entscheidung, ob eine Anlage wirtschaftlich ist oder nicht, beim Unternehmer verbleibt.

Herr Erik Plenge spricht die Erweiterung der Windkraftanlagen im Bereich Hoyerhagen an.

Herr Bormann erklärt hierzu, dass Anträge für die Realisierung von Windkraftanlagen gestellt wurden. Es sieht jedoch weder das RROP noch der F-Plan der Samtgemeinde Grafschaft Hoya in dem Bereich ein Sondergebiet für Windenergieanlagen vor.

Auf Anfrage von Herrn König teilt Herr Bormann mit, dass die avifaunistischen Gutachten für Hustedt und dem Süstedter Bruch Anlage zu den jetzt ausliegenden Unterlagen sind.

Des Weiteren teilt Herr Bormann mit, dass die Akten für Hustedt bei Gericht bzw. beim Rechtsanwalt liegen.

Herr König spricht das touristische Konzept für das Schwarmer-Uenzer Bruch an.

Frau Gluschak erklärt hierzu, dass ein Auftrag für die Erstellung des touristischen Konzeptes, das aus dem ILEK entwickelt werden soll, noch nicht erteilt wurde.

Anmerkung:

Auftraggeber für das Konzept ist die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen.

Frau Ulla Hormann spricht die Ausgleichsflächen an.

Herr Bormann erklärt hierzu, dass entsprechende Ausgleichsflächen geschaffen werden müssen.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, beendet Frau Plate die Einwohnerfragestunde.

Im Gemeinderat herrscht Einigkeit, dass die Stellungnahmen der Fraktionen und die bereits vorliegenden Unterlagen kurzfristig dem Rechtsbeistand übermittelt werden sollen.

Herr Lackmann nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Punkt 4:**

**40-0046/08**

**Bebauungspläne „Sondergebiet für Windkraftanlagen“ - Aufstellungsbeschlüsse**

abgesetzt

**Punkt 5:**

**40-0047/08**

**Zuschuss für die Fahrt der Jugendtanzgruppe Loge nach Kapfenberg/Österreich**

Frau Plate erläutert einleitend, dass nach dem vorgelegten Finanzierungsplan ein Defizit von 1.000,00 € zu verzeichnen ist. Aus Sicht von Frau Plate ist zu überlegen, ob, wie bei der Feuerwehr, ein Pauschalbetrag von 200,00 € oder, wie bei dem letzten Besuch in La Bazoge, ein Betrag von 25,00 € pro Teilnehmer gezahlt werden sollte.

Diese Vorgehensweise sollte dann auch bei anderen Fahrten von Jugendlichen angewendet werden.

Herr Albers spricht sich für eine Zahlung von 25,00 € pro Teilnehmer aus.

Herr Brandstädter weist darauf hin, dass auch der zeitliche Rahmen eine Rolle spielt. Es sollten einheitliche Kriterien für die Zahlung von Zuschüssen für Jugendfahrten angesetzt werden.

Herr König schlägt vor, eine Staffelung nach Alter vorzunehmen.

Herr Tobeck spricht sich ebenfalls für eine Zahlung von 25,00 € pro Teilnehmer aus.

Frau Menke vertritt die Auffassung, da ein Defizit von 1.000,00 € vorhanden ist, 30,00 € pro Teilnehmer zu zahlen.

Herr Stubbemann spricht sich für eine Zahlung von 35,00 € pro Teilnehmer aus.

Der Rat der Gemeinde Martfeld beschließt, einen Betrag von 35,00 € pro Person (14 Aktive) = 490,00 € zu zahlen.

Der Betrag wird außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis : Einstimmig**

**Punkt 6:**

**Mitteilungen der Verwaltung**

**Punkt 6.1:**

**Ampelanlage**

Herr Bormann teilt mit, dass aufgrund der Anregungen in der letzten Ratssitzung der Sachverhalt der Straßenmeisterei geschildert wurde.

Diese wird versuchen die Geräuschbelästigungen zu minimieren.

**Punkt 6.2:**

**Gyrocopterflugbetrieb**

Herr Bormann teilt mit, dass eine Genehmigung eines Gyrocopterflugbetriebes am Rande der Gewerbeschau erteilt wurde.

**Punkt 6.3:**  
**Haushalt**

Frau Gluschak teilt mit, dass die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Gemeinde Martfeld für das Haushaltsjahr 2008 vom Landkreis Diepholz nicht beanstandet wurde.

**Punkt 6.4:**  
**Straßenbeleuchtung Schwarmer Weg**

Die in der letzten Ratssitzung angeregte Anliegerversammlung für die Herstellung einer Straßenbeleuchtung im Bereich Schwarmer Weg findet am 15.04.2008 statt.

In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, dass die Schaltung der Straßenbeleuchtung vor dem Gasthaus Soller zwischenzeitlich durch die E.on Avacon geändert wurde.

**Punkt 6.5:**  
**Umnutzung**

Herr Bormann weist darauf hin, dass eine weitere Aussetzung der 7-Jahres-Frist nicht möglich ist, da der 31.12.2008 im Bundesbaugesetz festgeschrieben wurde.

**Punkt 6.6:**  
**Bushaltestelle Hollen**

Frau Gluschak weist darauf hin, dass die angesprochenen Sanierungsarbeiten im Bereich der Bushaltestelle Hollen je nach Witterungsverhältnisse kurzfristig erfolgen.

**Punkt 6.7:**  
**Kindergarten am Seniorenheim**

Frau Gluschak erläutert, dass die Schutzgitter für die Fußwege im Bereich des Kindergartens am Seniorenheim zwischenzeitlich bestellt wurden.

**Punkt 7:**  
**Anfragen und Anregungen**

**Punkt 7.1:**  
**Marketingausschuss**

Herr König gibt bekannt, dass er seinen Vorsitz im Marketingausschuss zurückgeben wird.

Es sollte überlegt werden, ob dieser Ausschuss mit dem Dorfentwicklungsausschuss zusammengelegt werden kann.

**Punkt 8:**  
**Einwohnerfragestunde**

Herr Herbert Wulf spricht die zerstörten Schilder im Bereich der Ortseingänge an.

Im Gemeinderat herrscht Einigkeit, dass diese erneuert werden sollen. Über die Art und die weitere

Vorgehensweise gerade zum Thema Jugendliche und Zerstörung sollte in einer kleinen Runde im Beisein mit dem Jugendausschussvorsitzenden und dem Jugendpfleger gesprochen werden.

Frau Plate bedankt sich bei den Anwesenden und den zahlreich erschienenen Zuhörern und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.